



# EU-BINNENMARKT DER ZUKUNFT

Fakten | Argumente | Positionen

## Status quo/aktuelle Situation für Unternehmen

Die sächsische Wirtschaft ist eng mit den Handelspartnern im EU-Binnenmarkt verflochten. Als größter Binnenmarkt der Welt bietet er ein beispielloses Potenzial. Mehr als die Hälfte der 20 wichtigsten Exportländer Sachsens sind EU-27-Länder. Auf der Importseite spiegelt sich dieses Bild wider. Aufgrund der Einfachheit des Auslandsgeschäfts innerhalb des Binnenmarktes ist diese Zielregion für viele Unternehmen ein attraktiver Markt für die Erstinternationalisierung.

Die Analyse der Handelsvolumina zeigt zudem, dass der Handel innerhalb der EU-27 in Sachsen besonders intensiv ist. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion unterstützt diesen intensiven Wirtschaftsverkehr zusätzlich durch die Nutzung einer einheitlichen stabilen Währung, die den Warenverkehr innerhalb der EU-27 erleichtert und sächsischen Unternehmen auch im Handel mit Drittstaaten Erleichterungen bietet.

Neben dem freien Warenverkehr ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb des EU-Binnenmarktes für Sachsen von besonderer Bedeutung. Im gesamten Freistaat, besonders aber in der Grenzregion zu Polen und Tschechien, greifen Unternehmen zur Deckung ihres Personalbedarfs auf den Talentpool anderer EU-Mitgliedstaaten zurück. Darüber hinaus erbringen viele (industrielle) Dienstleistungsunternehmen, häufig KMU, ihre Leistungen für Unternehmen im EU-Ausland. Innerhalb des EU-Binnenmarktes und hier insbesondere mit den sächsischen Nachbarstaaten (Polen und Tschechien) bestehen die wichtigsten und intensivsten wirtschaftlichen Verflechtungen. Für den nachhaltigen Wohlstand in Sachsen und den wirtschaftlichen Erfolg der Mitgliedsunternehmen der IHK Dresden ist die weitere kontinuierliche Harmonisierung der Regelungen und die Verdichtung der wirtschaftlichen Verflechtungen mit den Ländern des EU-Binnenmarktes von wesentlicher und nicht zu vernachlässigender Bedeutung.

## Probleme, Herausforderungen und zukünftige Trends

Der EU-Binnenmarkt wird bisweilen als gegebene, starre und vor allem bürokratische Größe wahrgenommen. Dieses Bild wird weder den Potenzialen noch der bereits realisierten Leistungsfähigkeit als Wirtschaftsraum zur Generierung von nachhaltigem Wohlstand gerecht. Der EU-Binnenmarkt ist trotz vielfältiger Bemühungen noch immer nicht vollendet und an vielen Stellen noch immer fragmentiert. Damit der freie grenzüberschreitende Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den Mitgliedstaaten gut bzw. besser funktioniert, müssen noch vielfältige Barrieren und Hemmnisse abgebaut werden. Diese Barrieren ergeben sich zum Teil aus der rechtlichen und administrativen Konstruktion der Europäischen Union selbst. Es gilt daher genau zu analysieren, woraus die jeweiligen Herausforderungen für Unternehmen im EU-Binnenmarkt resultieren und diese strukturell zu beseitigen. Ein Überdecken oder symptomatisches Korrigieren durch zusätzliche Regulierung ist keine zielführende Option.

Viel mehr braucht es einen grundlegenden Bürokratieabbau, durch umgestaltete, komplexitätsmindernde Regulierungen. Eine Harmonisierung technischer Standards für den Dienstleistungs- und Warenverkehr sind hier vorrangig zu bewältigen. Gerade für Grenzregionen stellt eine fragmentierte, nationalstaatlich geprägte Industriepolitik ein Konfliktpotenzial dar, welches in einem harmonisierten Binnenmarkt zu vermeiden ist. Werden die strukturellen Hemmnisse bei der Vollendung des Binnenmarktes nicht zügig überwunden, droht der Nutzenzuwachs für die Unternehmen aus dem Binnenmarkt selbst zu stagnieren. Ebenso werde impulsgebende Erweiterungen des Binnenmarktes bzw. enge nachbarschaftliche Beziehungen bedeuten erschwert. Im Wettbewerb mit Wirtschaftsregionen (USA, VR China, Indien), die sich aufgrund ihrer tieferen Binnenmarktintegration dynamischer entwickeln können, droht die EU-27 langfristig an Wettbewerbsfähigkeit und damit an Wohlstand zu verlieren. Die EU muss sich mit ihrem Binnenmarkt wieder als globaler Technologieführer der Zukunft behaupten.

## Forderungen und Lösungsvorschläge

### 1. Partner in der Welt und guter Nachbar

Der EU-Binnenmarkt ist auf den Austausch von Know-how und Ressourcen mit anderen Regionen der Welt angewiesen. Der Zugang zu beidem ist und bleibt mit Wettbewerb verbunden. Um in diesem Wettbewerb besser bestehen zu können, müssen die europäischen Instrumente für den Marktzugang gestärkt werden. Deutschland und die EU müssen sich daher verstärkt für möglichst enge institutionelle Beziehungen mit der Nachbarschaft einsetzen. Grundsätzlich müssen möglichst viele Staaten eng an den europäischen Binnenmarkt herangeführt werden. Dabei sollen Qualität und Attraktivität der Partnermärkte Vorrang vor Schnelligkeit haben. Die EU muss europäische Wirtschaftsinteressen entschlossen und kohärent vertreten und flexiblere Formate, z. B. beim partiellen Zugang zum Binnenmarkt, vorantreiben.

Konkrete Ansätze sind:

- Das Global Gateway Programms mit mehr Ressourcen und einem offensiveren Auftritt auszustatten. Dabei ist es wichtig, den Zugang zum Programm für europäische KMU zu stärken. Ziel muss eine wettbewerbsfähige Alternative zur „Belt and Road“-Initiative der VR China sein.
- Partnerschaften zur Sicherung des Ressourcenzugangs sind verstärkt mit Unternehmenspartnerschaften zu verbinden. Europäisches Know-how zur nachhaltigen Ressourcennutzung und -verarbeitung ist verstärkt als attraktiver Marktzugang zu nutzen.
- Insbesondere mit den EU-Beitrittskandidaten, hier aufgrund der Marktattraktivität vor allem Bosnien und Herzegowina sowie die Ukraine, müssen die Harmonisierungen an den EU-Binnenmarkt beschleunigt und von der EU stärker unterstützt werden.

### 2. Entsendungen erleichtern und Talent – Pool öffnen

Um im Binnenmarkt erfolgreich wirtschaften zu können, ist es immer wieder notwendig, menschliche Arbeitskraft mobil im EU-Ausland einsetzen zu können. Insbesondere Dienstleistungsunternehmen entsenden daher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ins EU-Ausland. Diese Entsendungen sind zum Teil mit einer erdrückenden europäischen aber auch nationalstaatlichen Bürokratie verbunden. Sinnbildlich für diese europäische Bürokratie steht die sogenannte „A1-Bescheinigung“ zum Nachweis der Sozialversicherung. Zusätzlich zu erfüllende nationalstaatliche Anforderungen im Rahmen der Mitarbeiterentsendung führen zu einer Fragmentierung und teilweisen Marktabschottung innerhalb des EU-Binnenmarktes. Diese Fragmentierung muss, soweit sie nicht durch europäische Regelungen verursacht ist, durch bi- oder multilaterale Anstrengungen abgebaut werden. Die Bürokratisierung der Entsendung muss abgebaut werden. Moderne Arbeitswelten und Geschäftsmodelle ermöglichen eine ortsunabhängige Leistungserbringung auch im Angestelltenverhältnis. Dadurch können Unternehmen bei der Mitarbeiterrekrutierung auf Talent-Pools in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten zugreifen. Eine dauerhafte Einbindung von Mitarbeitenden durch sogenanntes Remote Working stößt jedoch schnell an steuer- und sozialversicherungsrechtliche Hürden.

Lösungsansätze sind:

- Die technische Verbindung über geeignete Schnittstellen und einen entsprechenden Datenaustausch muss zwischen allen europäischen Sozialversicherungen hergestellt werden. Der bürokratische Aufwand für die Führung von Sozialversicherungsnachweisen kann entfallen, sobald die Kontrollbehörden im EU-Ausland anlassbezogen, auf die für die Kontrolle notwendigen Nachweise zugreifen können.
- Die Bundesregierung muss sich in bilateralen Verhandlungen oder in multilateralen Formaten für den Abbau nationaler Bürokratie einsetzen und ggf. im Rahmen einer Koalition der Willigen eine Entbürokratisierung des Entsendeprozesses erreichen.
- Doppelbesteuerungsabkommen sowie bilaterale Sozialversicherungsabkommen sind von der Bundesregierung bei Bedarf neu abzuschließen bzw. an die Lebenswirklichkeit von dauerhafter Remote-Arbeit anzupassen. In diese Verhandlungen sind Vertreter der Wirtschaft einzubeziehen. Ziel muss eine im besten Fall binnenmarktweite einheitliche Regelung sein. Nationalstaatliche Interessen sind im Interesse der Arbeitnehmerfreizügigkeit zurückzustellen.

### 3. Industriepolitik nachhaltig und sicher gestalten

Die europäische und damit auch die sächsische Industrie steht seit langem in einem harten globalen Wettbewerb. Dieser Wettbewerb wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Unternehmen z. B. aus den USA, der VR China und Indien erobern zunehmend Marktanteile. Was oft aggressiv politisch flankiert wird, z. B. durch Subventionen oder staatliche Versuche Normungsmacht auszuüben. Insbesondere bei wettbewerbsentscheidenden, innovativen Technologien intensiviert sich ein unfaires Marktverhalten dieser Akteure. Hinzu kommt, dass sich die Wettbewerbsbedingungen innerhalb des Binnenmarktes nicht nur im Vergleich zu anderen Weltregionen unattraktiv entwickeln. Um den sächsischen Unternehmen langfristig eine Marktstruktur zu erhalten, in der sich die besten Produkte und Lösungen in einem fairen Wettbewerb durchsetzen können, muss die EU dafür Sorge tragen, negative Einflüsse aus Drittstaaten abzuwehren und durch eigene politische Flankierung Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Zukunftsweisende nachhaltige Technologien, Industrien und Know-how müssen ebenso gezielt unterstützt werden wie die weltmarktgerechte nachhaltige Transformation der sogenannten „Old Economy“. Diese Anstrengungen müssen von Innovationsförderungen als auch robusten Maßnahmen gegen sogenannte „Technologieverluste“ und den Missbrauch von IPR's begleitet werden.

Lösungsansätze sind:

- Die europäischen Partner sind aufgefordert, europäische Interessen in den Normungs- und Standardisierungsgremien offensiver zu vertreten.
- Die europäische Industrieförderpolitik muss sich stärker durch Harmonisierung und Kohärenz auszeichnen, wobei die Grundmaximen Technologieführerschaft, Innovationskraft und Weltmarktfähigkeit im Vordergrund stehen müssen.
- Die EU ist gefordert, geökonomischen Bestrebungen Dritter, die in und auf den Binnenmarkt wirken, entschieden und defensiv zu begegnen. Soweit Instrumente für diese Auseinandersetzung fehlen, sind sie zu entwickeln. Ziel muss es sein, die wirtschaftlichen Interessen der EU-Partner zu schützen und im europäischen Interesse durchzusetzen.
- Bestehende Instrumente, Regularien und Gesetze müssen konsequent von allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Diese müssen dem Ziel dienen den Binnenmarkt als einen fairen und freien Handelsraum mit klaren Regeln für alle Marktteilnehmer zu erhalten.

#### 4. Europa einen und gemeinsam Voranschreiten

In Zeiten geökonomischer Verwerfungen und disruptiver Veränderungen der europäischen Wohlstandsformel ist der europäische Binnenmarkt ein Garant für stabile und prosperierende Wirtschaftsbeziehungen und gemeinsamen Wohlstand in Europa. Ihn zu erhalten und auszubauen ist das Gebot der Stunde. Jede Form der Zersplitterung Europas ist zugunsten eines harmonisierten gemeinsam erfolgreichen Marktes und Rechtsraumes zu vermeiden. Langfristige Entwicklungsziele müssen gemeinsam konzipiert und umgesetzt werden. Die Stärkung der europäischen Wirtschaft in der Welt ist eine verlässliche Konstante in der sächsischen Wohlstandsformel.

Anzugehen sind:

- Es ist Sache der einzelnen EU-Mitgliedstaaten, europäische Richtlinien in nationales Recht umzusetzen. Dies ist einer der Hauptgründe für die Fragmentierung des Binnenmarktes. Ungeachtet der Vorteile, die diese Gestaltungsfreiheit den Nationalstaaten bietet, ist es notwendig, europäische Richtlinien verstärkt gemeinsam und einheitlich umzusetzen, ggf. auch nur mit einer Teilgruppe der Mitgliedstaaten.
- Nach dem Vorbild einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. Handelspolitik müssen die europäischen Mitgliedstaaten auch eine gemeinsame Industriepolitik anstreben.
- Verwaltungsakte und Genehmigungsverfahren sind innerhalb der EU oder zumindest zwischen einzelnen Ländern, insbesondere Nachbarstaaten, zu harmonisieren. Entsprechende Vorschriften und Rechtsgrundlagen sind anzupassen oder neu zu schaffen.

#### **Ansprechpartnerin:**

Manuela Gogsch | Geschäftsführerin Industrie und Außenwirtschaft | Telefon 0351 2802-133

[gogsch.manuela@dresden.ihk.de](mailto:gogsch.manuela@dresden.ihk.de)

[www.ihk.de/dresden](http://www.ihk.de/dresden)

